# Angehörigen Info 54

G 10228 D
23. 11. 1990

Herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

## Zum Hungerstreik in Spanien

Seit 358 Tagen befinden sich die Gefangenen aus den GRAPO und der PCE(r) im Hungerstreik für ihre Wiederzusammenlegung; bald ein ganzes langes Jahr. Mittlerweile haben wir die Namen der fünf in Madrid verhafteten Militanten erfahren. Es sind Fernando Silva Sande, Jesús Cela Seoane, Olga Oliveira, María Jesús Romero und Guillermo Vázquez. Die beiden Frauen befinden sich in Ávila und die drei Männer in Alcalá-Meco. Die Mutter von Jesús Cela, die noch einen weiteren Sohn im Knast und unter den Hungerstreikenden hat, macht seit einigen Tagen ein „encerrado“, eine Sitzaktion, in der Kathedrale von Santiago. Am Montag meldete daraufhin der spanische Rundfunk, daß der Erzbischof von Santiago bei der Regierung intervenieren will, um diese zum Aufgeben ihrer harten Haltung zu bewegen. Bei immer mehr Knästen — der Mehrzahl — wird Post mit Stempeln wie „unbekannt“ zurückgesandt.

In Zürich fand am 2. 11. vor dem Bezirksgericht und einem spanischen Reisebüro eine Kundgebung statt. Ebenso gab es in Hamburg am 10. 11. eine Kundgebung vor dem spanischen Generalkonsulat, an der sich knapp 60 Leute beteiligten. Weiterhin finden dort jeden Samstag von 10-12 Uhr die Mahnwachen statt.

Vonwegen unserer Idee, bei den Gefangenen, die sich in Kontaktsperre befinden, Besuchsanträge zu stellen bzw. ihnen zu schreiben, fänden wir es gut, wenn Ihr uns — wenn Ihr Euch das überlegt — uns Bescheid sagt, auch wegen eventueller Reaktionen, damit wir das ein wenig zusammenfassen können.

## Prozesse gegen Angehörige

Am 16. 11. 90 fand der Prozeß gegen Martha Barabaß wegen Hausfriedensbruchs im Stuttgarter Amtsgericht statt. Es ging in dem Prozeß um die kurzfristige Besetzung des Justizministeriums von uns Angehörigen im Januar 1989. Ziel war, auf Günter Sonnenbergs Gesundheitszustand hinzuweisen und seine Freilassung zu erreichen. Am 26. 7. 90 fand der erste von mehreren Prozessen statt, in dem es gegen drei Angehörige zu unterschiedlich hohen Geldstrafen kam. Bei Martha Barabaß wurde das Verfahren eingestellt. Sie muß jedoch 1 000 DM an eine christliche Entwicklungshilfeorganisation bezahlen. Im Prozeß waren ca. 25 Zuhörer, die dann nach dem Prozeß noch eine Kundgebung zu Günter Sonnenberg vor dem Justizministerium machten. Hier las Martha noch mal ihre Prozeßerklärung und die Solidaritätserklärung von Ordensleuten für den Frieden vor. Aufgelockert wurde die Kundgebung durch eine Frau, die Saxophon spielte. Leider haben wir sie nicht tatkräftig mit Gesang unterstützt, weil wir kaum gute Lieder und Texte kennen. Das muß anders werden!

### Prozeßerklärung von Martha Barabaß

Günter Sonnenberg wurde 1977 bei seiner Verhaftung durch einen Kopfschuß schwer verletzt. Durch die Verletzung bekam er epileptische Anfälle, die bis heute andauern. Diese Anfälle sind gefährlich, wenn Menschen — wie Günter im Knast — alleine sind. Günter hat sich auch jedes Mal, wenn er einen Anfall bekam, verletzt, so daß er zur Behandlung ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Er selbst, seine Anwälte etc. haben Anträge gestellt, daß er mit Gefangenen seines Vertrauens zusammengelegt wird und daß wenigstens einer die Zelle mit ihm teilt, daß er auch nachts nicht alleine ist. All diese Anträge wurden immer abgelehnt mit Begründungen, daß die Zusammenlegung „die Sicherheit




Solidaritäts-Demonstration in Kopenhagen Ende Oktober zum Hungerstreik in Spanien

und Ordnung der Anstalt gefährden" bzw. „ihn in seiner staatsfeindlichen Haltung bestärken würde". Gutachter und Ärzte habe bestätigt, daß Menschen im Knast, die ständig in einer Streßsituation sind, nicht gesund werden können bzw. solche Anfälle noch heraufbeschworen werden.

So war es auch bei Günters letztem Anfall am 28. 12. 88. Roland Mayer, der bis dahin im Knast Bruchsal war und wenigstens täglich eine Stunde Hofgang mit Günter machen konnte, wurde Mitte Dezember entlassen. Nun hatte Günter keinen Menschen seines Vertrauens mehr im Knast, so daß prompt der epileptische Anfall erfolgte.

Wir Angehörigen haben gemeinsam und einzeln, sowie viele solidarische Gruppen, immer wieder von Justizminister Eyrich die Freilassung von Günter gefordert. Der Justizminister kennt Günters Krankheit und seinen Zustand ganz genau, denn oft genug wurde es ihm mitgeteilt, aber er trifft keine Entscheidung.

Auch Ministerpräsidenten Späth haben wir Günters Krankheit und die Folgen dargelegt und um seine Hilfe gebeten. Er hat geschrieben, daß die Zuständigkeit bei Justizminister Eyrich liegt.

Seit 1978 arbeite ich in der Angehörigengruppe mit, seit dieser Zeit haben wir — die Gruppe und einzeln — kontinuierlich an den Ministerpräsidenten und Justizminister geschrieben, aber Schreiben nützt einfach nichts, entweder haben wir keine Antwort bekommen oder die Haftbedingungen der politischen Gefangenen wurden noch verschärft.

Also haben wir uns am 13. Januar 1989 Gehör verschafft und sind in das Justizministerium gegangen. Wir wollten Justizminister Eyrich erneut mitteilen, wie lebensbedrohlich die Lage von Günter ist und erhofften uns von ihm, daß er sich der Sache annimmt und Günter endlich freigelassen wird.

Ein starker Staat wird nicht zusammenbrechen, wenn er einen kranken Gefangenen nach fast 13 Jahren Haft endlich freilassen würde.

Zu meiner Aktion stehe ich auch heute noch. Wenn das Leben eines Gefangenen bedroht ist, fühle ich mich verpflichtet, für eine Veränderung seiner Bedingungen einzutreten. Aus diesem Grund müßte das Verfahren gegen mich und alle Angehörigen eingestellt werden.

## Eingangserklärung von Helga Prauss

Daß ich heute hier stehe, mit einer solchen Anschuldigung und wegen einer solchen Aktion, das wundert mich, trotz aller Erfahrungen, die ich in den letzten Jahren machen mußte.

Ich bin in dem Alter, das ausreicht, um sich an das Ende einer Ära zu erinnern, die man als Untergang Deutschlands bezeichnen kann. Ich war ein Kind damals, als man statt „Guten Tag" „Heil Hitler" sagen mußte. Ohne die Hintergründe zu begreifen, war mir klar, daß da eine Allmacht am Werke war, angeblich unantastbar und allwissend. Als dann damit Schluß war, hatte ich meine Heimat verloren und materiell alles, was mir lieb und wichtig war. Ich lernte daraus, daß all die, die immer behauptet hatten, sie könnten alles, wüßten alles, hätten alles im Griff, genau das alles nicht konnten, nicht wußten und nicht im Griff hatten. Sie hatten nichts schützen können und wahrscheinlich auch gar nicht wollen. Es war einfach alles kaputt. Und keiner der Erwachsenen gab in den folgenden Jahren irgendeine Antwort auf Fragen nach dem Wieso und Warum. Weder Eltern noch Lehrer noch sonstwer. Ich begriff, daß sie alle irgendwie darin verstrickt gewesen waren, was in den Jahren zuvor geschehen war. Und wenn nur durch Nichtstun. Von nun an drückten sie sich vor ihrer Verantwortung oder blieben unbelehrbar.

Und wenn ich dann einen großen Teil meines Lebens damit beschäftigt war, mich um meine Familie zu kümmern, so habe ich doch die Entwicklung in dieser Bundesrepublik kritisch erlebt, und sie hat mir über weite Strecken mehr als Unbehagen gemacht. Es gehörte schon sehr bald wieder Mut dazu, selbst im eher privaten Bereich, eine eigene Überzeugung zu den Dingen zu haben und sie zu vertreten. Es tat schon ziemlich weh, zu erleben, wie die Deutschen sich von allem geistig entfernten, woraus sie eigentlich für alle Zeiten hätten lernen sollen. Es würde zu weit führen, hier aufzuzählen, was einen politischen Menschen in den letzten 40 Jahren Bundesrepublik langsam aber sicher zum Widerstand bringen mußte. Wieder nur hinnehmen, solange es mir selber gut geht — was immer darunter zu verstehen ist —, mir ist das einfach nicht möglich.

1957 bekam ich als Au-Pair-Mädchen noch den berechtigten Haß älterer Franzosen auf uns Deutsche zu spüren. Und 1968 erlebte ich bei einem zweijährigen Aufenthalt in einem afrikanischen Land, daß zwei Männer vom BKA die herrschende arabische Kaste Aufstandsbekämpfung lehrten. Heute ist dort ein blutiger Bürgerkrieg, den die arabische Seite dank der damaligen Unterstützung voll im Griff hat. Gleichzeitig erhielt ich kürzlich die Aufforderung der UNICEF, für die hungernden Kinder der unterlegenen Partei in diesem Land Geld zu spenden. Unterschrieben war der Brief von Lothar Späth, dem christdemokratischen Ministerpräsidenten dieses Bundeslandes, in dem ich jetzt vor Gericht stehe.

Einer der BKA-Männer, den wir — auch meine Kinder — aus Afrika kannten, war Ende 1986 führend bei einer Riesenrazzia in der Kiefernstraße beteiligt. Ein Jahr später wurde mein 26jähriger Sohn wegen dieses Wohnorts verhaftet. Zum Zeitpunkt unseres Gesprächsversuchs mit Herrn Eyrich im vorigen Jahr war er gerade nach einer ungeheuerlichen, konstruierten Anklage, die in der Hauptsache auf einem inzwischen als falsch entlarvten Schriftgutachten beruhte, zu neun Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er und zwei seiner Freunde. Die dritte soll jetzt noch — nach vier Jahren Untersuchungshaft — zu einer weiteren höheren Strafe verurteilt werden. Dazu dient das ominöse Schriftgutachten immer noch als Basis.

Spätestens 1987, als mein Sohn verhaftet wurde, am gleichen Tag wie eine Freundin — aber auch wie Ingrid Stobl, deren Urteil inzwischen aufgehoben, und Ulla Penselin, die nach ein paar Monaten wieder freigelassen werden mußte, spätestens damals war für mich klar, daß ich politisch etwas tun mußte. Denn zu allem, was da an staatlicher Gewalt sowieso geschah, kamen auch noch die Haftbedingungen, die ganz offensichtlich darauf angelegt sind, Menschen als politische Individuen zu zerstören.

Günter Sonnenbergs Haftbedingungen trotz seiner Krankheit sind allein schon eines Staates unwürdig, der ständig die Menschenrechtsforderung an andere Länder stellt. Die Tatsache, daß Günter Sonnenberg bei seiner Verhaftung in den Hinterkopf geschossen worden war, spricht darüber hinaus für die Verfolgungsmethoden, und die im Hirn zurückgebliebenen Splitter geben Aufschluß über das Geschoß, das ihn getroffen hat.

Es ist für mich eine Frage der Menschlichkeit, dafür zu kämpfen, daß im Namen des Volkes nicht solch ein Unrecht geschehen kann und außerdem eben diesem Volk ständig suggeriert wird, es gäbe keinerlei berechtigten Grund für politischen Widerstand in der BRD. Wie das in Wirklichkeit aussieht, beweist das heutige Verfahren und seine Vorgeschichte:

Wir sind an dem Tag im Januar 1989 zu Justizminister Eyrich gegangen, um mit ihm zu sprechen. Wir wollten ein positives Ergebnis für Günter Sonnenberg. So konnten wir uns weder mit dem Beauftragten für Bürgerfragen zufriedengeben, noch mit einem Vertreter von Herrn Eyrich, der uns zunächst sogar sagte, der Minister sei gar nicht da. Da wir hartnäckig blieben, erfuhren wir dann, daß der Minister mit zweien oder dreien von uns reden würde, wenn die anderen zuvor das Haus verließen. Wir aber waren zu zehnt aus allen Teilen der BRD angereist. Und wir wollten vor allem nicht, daß zwei oder drei von uns womöglich zwei oder drei oder noch mehr Juristen gegenübersitzen. Darum bestanden wir darauf, alle bei dem Gespräch dabeizusein. Das wurde abgelehnt. So kam es zu der Aufforderung, das Gebäude zu verlassen.

Wir waren für Günter Sonnenberg nach Stuttgart gekommen. Wir konnten und wollten nicht unverrichteter Dinge wieder gehen. Wir bestanden auf dem Gespräch.

Wir gingen erst, als die Herren tatsächlich die Polizei anrücken ließen. Wir wollten uns nicht mit Gewalt abschieben lassen und verließen im Angesicht einer Übermacht von Polizei das Haus.

Trotz aller Erfahrung, die ich schon mit Staatsgewalt machen mußte, bin ich nicht auf die Idee gekommen, daß ein Jahr später eine eindeutig friedliche Aktion, die einen Menschenrechtshintergrund hatte, kriminalisiert und als Hausfriedensbruch bezeichnet werden würde. Selbst im Angesicht der Drohung mit der Polizei erschien mir unser Anliegen für Günter Sonnenberg als das höhere Rechtsgut. Auf einem wichtigen Anliegen zu bestehen, ist doch wohl kein krimineller Akt.

In jedem Fall sind wir von Anfang an so eingestuft worden, daß man von seiten der Wachmannschaften im Erdgeschoß bei unserer Ankunft

nicht ernstlich eingriff, sondern den Bürgerreferenten holte. Das sagt wohl alles.

Ich jedenfalls fühle mich im Sinne dieser Anklage nicht schuldig.

Und ich beteilige mich noch immer an den Aktionen für Günter Sonnenberg, der nach Jahren der Isolation und wegen seiner Krankheit endlich aus dem Gefängnis heraus muß.

## Schlußerklärung von Helga Prauss

In jedem Strafverfahren wird das Motiv erforscht und von allen Seiten beleuchtet. Wenn ich hier die Motive darlege, werde ich bei der Befragung des Zeugen unterbrochen. Und für den Staatsanwalt sind Motive — wie er sagt — ohne Bedeutung. Trotzdem beurteilt er sie streng mit dem Satz: „Der Zweck darf nicht die Mittel heiligen." Der Staatsgewalt billigt er dagegen bei der Verfolgung ihrer Zwecke jedes Mittel zu.

Motive menschlicher Art — politische, im wahrsten Sinn des Wortes, werden hier abgewürgt und kriminalisiert. Das Betreten des Justizministeriums ist ohne irgendeine Gewalt vor sich gegangen, und wie das Video zeigt, war auch das Ende „gewaltlos". Der Hausfriedensbruch war ein reiner terminus technicus, mit dem unsere Anwesenheit von einem bestimmten Zeitpunkt an belegt wurde, um uns unter Druck zu setzen.

Es standen sich zwei Interessengruppen gegenüber. Wir, die unbedingt zum Minister wollten, um endlich ein Gespräch für Günter Sonnenberg zu führen, und der Minister, der genau das nicht wollte. Er stellt wie immer Bedingungen, die wir zuerst erfüllen sollten, und spielte dann nur noch seine Macht und seine Möglichkeiten gegen uns aus. Aus der Fülle der Gesetze griff er eines heraus und erklärte unser Anliegen von einem bestimmten Augenblick an zum kriminellen Akt. Unser „Hausfriedensbruch" beruht demnach auf einer festgelegten Uhrzeit, nicht aber auf einer entsprechenden Handlung.

Günter Sonnenbergs Haftbedingungen sind unmenschlich. Das Herstellen von Öffentlichkeit bei staatlicher Gewalt ist Pflicht. Die Fähigkeit, sich betroffen zu fühlen, ist eine der wichtigsten Anforderungen, die an Menschen gestellt wird. Persönliche Verantwortung kann man nicht weitergeben.

Spätestens hier stellt sich die Frage nach der staatlichen Fürsorgepflicht und der Einsicht, daß das christliche Wort gilt:

**Was man einem meiner Brüder getan hat, das hat man mir getan!**

Ein solcher Satz sollte ein Gericht, das soeben noch einen Zeugen nach christlicher Formel einen Eid vor Gott schwören ließ, überzeugen.

Im Sinne der Anklage bin ich mit Sicherheit nicht schuldig.

Sollte dieses Gericht mich dennoch verurteilen, dann werde ich ins Gefängnis gehen.

## Solidaritätsadresse von den Ordensleuten für den Frieden

**An die Teilnehmer der Kundgebung zur Freilassung von Günter Sonnenberg am 16. November 1990**

Wir, die Mitglieder der Initiative Ordensleute für den Frieden, Regionalgruppe Mainz/Rheingau, grüßen die Teilnehmer der Kundgebung in Stuttgart mit geschwisterlichem Gruß.

Wir haben von dem Prozeß wegen Hausfriedensbruchs gegen Frau Martha Barabaß gehört und sind betroffen von der Unfähigkeit der staatlichen Organe, sich mit Menschen auseinanderzusetzen, die sich aus Sorge um die psychische und physische Gesundheit ihrer inhaftierten Angehörigen und Freunde/innen nicht mit Gegebenem abfinden, sondern für die Inhaftierten einsetzen. Wir lehnen es ab, daß der Einsatz für Humanität, für Leben und Freiheit vom Rechtsstaat mit rechtlichen Schritten, und damit der Kriminalisierung der Betroffenen, beantwortet wird.

Als Ordensleute beschäftigen wir uns schon länger mit den Haftbedingungen der politischen Gefangenen in unserem Land und unterstützen die Bemühungen der Angehörigen für bessere Haftbedingungen bzw. um Freilassung der haftunfähigen Gefangenen — insbesondere von Günter Sonnenberg.

Wir glauben, daß es unsere Pflicht ist, als Christen gegen ungerechte Strukturen und Ungerechtigkeit aufzustehen und unsere Stimme zu erheben. In diesem Sinne erklären wir uns solidarisch mit den politischen Gefangenen und ihren Angehörigen.

Die Mitglieder der Regionalgruppe Mainz/Rheingau, 14. 11. 1990
gez. Jürgen Springer OMI

## Gedanken einer Angehörigen

Im Info 52 haben wir in einem Brief an die LeserInnen auf die zugespitzte Situation bei einigen Gefangenen hingewiesen. Inzwischen gibt es Reaktionen von Gefangenen und Leuten draußen, die uns nachdenklich machen.

Es gibt unterschiedliche Einschätzungen zur konkreten Zuspitzung. Auch bei uns Angehörigen wurde die Bedrohung gegenüber den Gefangenen nicht von uns allen und in dem Maße wahrgenommen, wie wir es dann beschrieben haben. Aber es gab Briefe von einzelnen Gefangenen, aus denen wir gelesen haben, daß sich die Situation so zuspitzen kann, bis hin zur Liquidierung einiger Gefangener. Wir haben das sehr ernst genommen und lange und intensiv daran diskutiert. Es war nicht einfach für uns, sich das ranzuholen.

Na ja, das Ergebnis unserer Diskussion war dann dieser Brief im Info 52.

Daß es unterschiedliche Einschätzungen gibt, ist für mich nicht das Problem. Aber ich habe überlegt, daß wir viel zu viel Kraft und Zeit in so ein Papier gesteckt haben, statt mal endlich mit anderen was anzupakken, wie wir zusammen mit den Gefangenen die Situation ändern können, die auch ohne Zuspitzung schon schlimm genug ist.

Wenn wir es z.B. schaffen könnten, daß Brigitte aus ihrer jahrelangen Isolation heraus endlich mal in die Gruppe nach Lübeck käme, dann wäre automatisch auch ein großer Teil der Bedrohung von ihr genommen.

Also mehr das Schwergewicht legen auf neue Initiativen, statt auf 77 zu gucken — wie war das damals und wie ist es heute.

Manche meinen, der Brief habe mehr eine lähmende Wirkung gehabt als eine mobilisierende.

Richtig ist auch, daß wir zu viel den Vergleich zu 77 herstellten, obwohl wir doch jetzt eine ganz neue politische Situation haben.

Ähnliche Gedanken kommen mir auch bei dem Prozeß gegen das Angehörigen-Info. Hier geht es ja um „Verunglimpfung des Staates", weil wir in einer Angehörigen-Erklärung gesagt haben, daß die Gefangenen in Stammheim 77 ermordet wurden. Auch hier könnten wir im Prozeß nach hinten gucken und ganz 77 nochmal aufrollen, oder aber wir machen uns klar, daß das Ganze für den Staatsschutz nur ein Vehikel ist, um das Info auf irgendeine Art und Weise auszuschalten.

Das Info ist aber ein Teil des Schutzes für die Gefangenen. Hier ist auch ne konkrete Möglichkeit, was zu tun.

Viele Gefangene bekommen das Info nur unregelmäßig oder gar nicht. Aus den Anhaltebeschlüssen sehen wir, daß sich da immer mehr gegen das Info zusammenbraut. Wir werden demnächst noch genauer darüber berichten.

Also, es wäre toll, wenn möglichst viele sich überlegen, zum nächsten Prozeß gegen das Info zu kommen. Vielleicht können wir uns auch am Abend vorher in Köln zusammensetzen und überlegen, was uns sonst noch alles an Initiativen für „Zusammenlegung — Diskussion — Freiheit" einfällt.

**Prozeßtermin Angehörigen-Info**
**19.12.90, 9 Uhr, Amtsgericht Köln,**
**Luxemburger Str., Raum 13.**

P.S.: Übrigens, wie der Staatsschutz die Angehörigen-Erklärung für seine Zwecke nutzt und verdreht, war in der Welt vom 19. 11. 90 zu lesen. Hier ein Ausschnitt:

„Während der Stammheimer Selbstmord-Komplex jetzt völlig geklärt erscheint, liegen bereits neue Informationen darüber vor, daß sich Selbstmorde von inhaftierten Terroristen wiederholen können. In einer RAF-Schrift von Ende Oktober 1990 heißt es, der Staat nehme einen ‚neuen Anlauf, die Gefangenen und ihre Politik zu vernichten'."

## Aktuelles aus den Knästen

**Stammheim. / Aichach.** Brigitte Mohnhaupt wurde — nachdem sie Ende Juni von Aichach nach Stammheim verlegt wurde — Anfang letzter Woche wieder zurück nach Aichach verlegt. Sie ist auf der Sicherheitsabteilung. Damit sind Manuela Happe, Claudia Wannersdorfer und Brigitte Mohnhaupt in drei verschiedenen Abteilungen des Knastes, also ohne jegliche Möglichkeit, sich zu sehen, zusammenzukommen.

**Bielefeld. / Köln.** Am 9. September stellten die Rechtsanwälte von Andrea Sievering, die — nachdem das Urteil des Stuttgarter Oberlandesgerichts gegen sie rechtskräftig geworden ist — nach Bielefeld verlegt wurde, den Antrag, sie nach Köln-Ossendorf zu den vier gefangenen GenossInnen dort (Christa Eckes, Ingrid Jakobsmeier, Sieglinde Hofmann und Heidi Schulz) zu verlegen. Der Verlegungsantrag bezieht sich auf eine Zusage des nordrhein-westfälischen Justizministeriums im Mai 1989 (also während des letzten Hungerstreiks), über die vier gefangenen Frauen hinaus u.a. auch Andrea aufzunehmen und eine Gruppe bis zu sechs Gefangenen zu bilden. Noch vor wenigen Monaten hieß es in einem telefonischen Gespräch mit dem Justizministerium, es stehe zu seiner Zusage; da Andrea zu diesem Zeitpunkt zwar schon rechtskräftig verurteilt, aber noch in Stammheim war, könnten sie halt hinsichtlich einer Verlegung nach Ossendorf noch nichts tun.

Jetzt kam die Entscheidung des Justizministeriums zu dem Verlegungsantrag. Die Verlegung von Andrea nach Ossendorf wird abgelehnt. Begründung: „Das vollzugliche Verhalten der in der JVA zusammengeführten Gefangenen steht einer Zuführung weiterer Gefangener zum gegenwärtigen Zeitpunkt entgegen."

**Köln-Ossendorf.** Den vier gefangenen Frauen in Ossendorf wurde nun wegen „Arbeitsverweigerung" der morgendliche Umschluß gestrichen; mit demselben Argument haben die vier auch schon seit einiger Zeit Einkaufsverbot.

**Frankenthal.** Nachdem Rolf Heißler in die JVA Frankenthal zwangsverlegt worden war, wurde ihm dort der „normale" Hofgang mit den anderen Gefangenen verweigert. Er sollte mit sieben Gefangenen — wohl aus dem Traktteil —, die vorher aber zusammen mit den anderen Hofgang hatten, auf einem Extrahof abgesondert werden. Rolf machte das nicht mit und blieb 24 Stunden in der Zelle. Er hatte Erfolg und hat jetzt seit kurzem Hofgang mit allen Gefangenen.

**Berlin.** Nach der äußerst brutalen Räumung der besetzten Häuser in der Mainzer Straße, bei der zwischenzeitlich an die 400 Menschen festgenommen worden waren, hocken jetzt noch sieben Leute im Knast. Sie wurden bereits dem Haftrichter vorgeführt. Näheres ist uns bisher über ihre Situation noch nicht bekannt.

## Aktuelles international

**Wie wir kurz vor Redaktionsschluß noch erfahren haben, wurden im französischen Baskenland vier Flüchtlinge, kurz darauf im südlichen Baskenland 30 Menschen (darunter ein 6jähriges Kind!) verhaftet, mit der Begründung, sie seien „legale ETA-Mitglieder".**

### Brief von Georges Cipriani, Gefangener aus Action Directe, vom 17.8.90

liebe . . .,

eben sind dein brief nr. 40 und die sendungen nr. 42 und 43 angekommen — es fehlt noch was, was du dazwischen losgeschickt hast, aber darauf komme ich am schluß zurück.

ich will gleich auf das einsteigen, was grad im arabischen raum läuft . . . vielleicht liegt die historische wahrheit irgendwo zwischen dem, wie du es mir vermittelst, wie du denkst und fühlst, und wie ich es überlege . . . mich begeistert es, wie der arabische massenwiderstand die imperialistische aggression aufgenommen hat, was das dort bewirkt hat . . . ärgerlich ist es, hier drin zu sein, passiv zu sein in so einer angeheizten lage. puhh, ich will dir alles auf einmal vermitteln, und das ist natürlich nicht zu schaffen. also, erstmal ein zitat von che aus seinem text „schaffen wir zwei, drei, viele vietnam": „die auseinandersetzungen, die revolutionäre möglichkeiten enthalten, sind die, die den ganzen imperialistischen apparat in schach halten."

klar, saddam hussein ist kein revolutionär, aber die gründe dafür, weshalb er handeln mußte, gegen wen und wie und in welcher gesamtsituation, diese gründe enthalten revolutionäre möglichkeiten. (klar, es fehlt hier vollkommen die revolutionäre organisation und die politische linie, um alle möglichen, verschärften widersprüche dieser konfrontation hier in revolutionäre kämpfe umzuwandeln.) revolutionäre möglichkeiten, weil die substanz dieses angriffs auf kapitalistisches eigentum aus der verelendung raus ist, die das imperialistische diktat jahrelang und über einen krieg dort produziert hat — und der angriff auf das kapitalistische eigentum ist eine sprache, die alle verelendeten massen, besonders die im arabischen raum, sofort verstehen und sie begeistert. was ihre reaktion bewirkt — dort wie hier.

und wie die imperialisten reagieren müssen, wenn das kapital angegriffen wird, zeigt auch ihre lage, ihren zustand, wie er ist . . . gar nicht so stabil, wie ihre counter-propaganda es seit monaten rumschreit und die menschen damit lähmt, terrorisiert.

daß die yankee-bush- und thatcher-boys in den arabischen raum mußten, aggressiv reagieren mußten, hängt mit zwei / drei sachen / fakten zusammen. zum einen haben die dort unten keinen mehr, der für sie den bullen spielt. aus damit. es gibt nur einige emirate, die zwar über das kapital verfügen, die aber vollkommen von den massenbasen getrennt sind (tja, das ist die kehrseite der ausgeklügelten, ehemaligen entkolonialisierung), niemand mehr also, um das kapital zu verteidigen. und auf der anderen seite gibt es so unstabile marionetten-regierungen oder andere, die noch nicht das imperialistische vertrauen genießen.

ein weiterer grund liegt in der ökonomischen lage dieser beiden imperialistischen staaten (usa und gb) im besonderen. z.b. ist in den usa die wachstumsrate bei 1,2 angelangt, und es sieht zukünftig gar nicht rosig aus, wobei die staatsverschuldung gleichzeitig wächst und regelmäßig weiter wächst, während der M.I.K. (Militärisch-industrieller Komplex) weiterhin personelle entlastungen vollziehen muß (in den usa bedeutet M.I.K. 25 % der gesamtindustrie, jaja), und im november stehen die nächsten wahlen an, es gibt also nicht viel zeit.

bush hat bekanntgegeben, daß er das tun werde, was er versprochen hat, nie zu tun, nämlich die steuern zu erhöhen. im fall von england ist die lage für thatcher derart mies, nicht nur was die wahlen angeht, sondern auch was ihre ökonomischen wunder angeht. es ist so, daß das englische kapital jetzt vorwiegend in den usa investiert, weil es in england so unrentabel geworden ist. man muß ja sagen, daß die ausbeutung dort über zehn jahre hinweg sehr intensiv war, die deregulierung so extrem, wie sie es nur sein konnte. industrialisierungsmäßig liegt england jetzt hinter italien, was ja einem wunder gleicht, wenn man weiß, wie england industriell noch vor nicht so langer zeit dastand. und zuletzt ein dritter grund, die dividende des neuen „friedens" oder anders gesagt, die dividende, die die aus dem „kalten krieg" gewonnen haben, nämlich eine gewisse lockerung in der imperialistischen kette selbst, und daß jetzt jeder von ihnen eher von den eigenen interessen in anspruch genommen ist — die ja nicht unbedingt sofort die gleichen sein müssen.

diese (zumindest) drei gründe verdeutlichen von selbst, daß es die usa und england schon nötig hatten, den gürtel mal etwas enger zu schnallen und die anderen mal wieder nach vorn zu reißen . . . was im ersten moment ja auch geklappt hat, nun . . .

diesmal gibt es ja den alten feind su (Sowjetunion) nicht mehr, um über alle meinungsverschiedenheiten hinweg und jede anfängliche zurückhaltung das ganze pack zusammenzuhalten und nach vorn auf die reihe zu stellen.

eigentlich ist es noch schlimmer. der alte feind, der der neue freund geworden ist, hat selbst sogar noch eine meinung, die der der internationalen instanzen entspricht, welche, auch wenn sie ganz im interesse der imperialistischen staatsmächtee liegt, darin doch eine gewisse autonomie bekommt, die nicht nur die aggressive kriegstreiberrolle der usa und englands verdeutlicht, sondern noch dazu anderer staaten. besonders wenn man anguckt, was im west-europäischen block abläuft, wird sichtbar, welche unterschiedliche linie anfängt sich abzuzeichnen, und mit welchen verschiedenen arten und interessen die einen und die anderen diese probleme lösen wollen und sich damit selbst begünstigen. jetzt wird es sich zeigen, wie es mit den verhältnissen in der imperialistischen

kette steht. anders und kurz gesagt, es ist auf einmal deutlich, welche wiederangliederung sich seit einer gewissen zeit angefangen hat abzuzeichnen, hinter dem schein der neuen stabilisierung — insofern ist die us-intervention dort auch mit dem ziel, gegen diese neue ausgleichung, damit die verengung der imperialistischen kette zu verhindern. gezielt ist auf das ökonomische wachstum der europäischen länder und japans, durch die verteuerung der öl-preise bei gleichzeitiger rentabilisierung der us-öl-anlagen und ihrer ausbeutung. für england gilt das auch. es darf schließlich auch nicht vergessen werden, daß bush selbst lange im öl-geschäft beschäftigt war und als typ des M.I.K. gewählt wurde ... einfach weil, wenn sich das ökonomische wachstum in we (Westeuropa) und japan fortsetzen würde (eine zeitlang), bei gleichzeitigem fall der wachstumsrate in den usa, dann ist der dollar als weltwährung endgültig fertig und der neue ausgleich durchgesetzt.

also mußten sie, gezwungen durch tausend gefahren, sich in die dialektik der konfrontation stellen, um überhaupt noch was zu retten in diesen immer schneller werdenden, nacheinanderkommenden veränderungen ... deren objektive substanz, ihr kern, die der unverträglichkeit zwischen der immer mehr vergesellschaftlichten produktion (und der technologische sprung hat selbst eine neue stufe der entwicklung gebracht) und den kapitalistischen eigentumsverhältnissen (überhaupt, wie die eigentumsverhältnisse waren/sind in der welt, ja, ich mache auch eine anspielung auf die entwicklung im osten bis hin zur su selbst) ist und deren entwicklung verhindert.

das ist ein widerspruch, der im kern ein klassenwiderspruch ist. daß das jetzt in dieser form und in diesem maßstab sofort international läuft, ist bedingt durch die entwicklungsstufe der produktivkräfte und dadurch, wie der klassenkampf in der peripherie jahrzehntelang abgegrenzt war, bei gleichzeitiger lähmung im zentrum selbst (klassenkampf als massenwirklichkeit und nicht begrenzt auf eine ökonomische funktion, wie es hier war) — gelähmt durch die traditionellen kp s und die strategischen anweisungen der revisionisten in der su selbst.

na gut, mit der dialektik der konfrontation kannst du dir ja denken, was sich alles für rückwirkungen entwickeln werden. die destabilisierung der marionettenregimes und emirate dort (ein beispiel saudi-arabien. wenn diese truppen-konzentrierung ein paar monate oder noch länger dauern sollte, kann das nur eine destabilisierung in ihrer streng islamischen moral bringen. denn soldaten, das heißt bordell, drogen, alkohol usw. ... geschweige denn die vielen neben- und rückwirkungen), die palästina-frage wird aufs neue und anders gestellt (ich sah im fernsehen einen bericht von dort, und da haben die menschen sofort alles klar im kopf. palästina, seit jahrzehnten besetzt, bald drei jahre intifada, und international hat es nichts geweckt, und wenn dann auf einmal ein land wie kuwait zur rechnung gezogen wird, weil es kapitalistisch ist, dann erregen sich die „internationalen-ordnungs"-agenten — und dieses bewußtsein haben die arabischen massen sofort in allen ländern gehabt. in algerien, jordanien — gleich am anfang haben sie hier direkt in frankreich araber gefragt, aber sofort wieder aufgehört mit dem bericht, wegen der reaktionen. das erklärt auch die position und das vorgehen frankreichs, weil ein direktes militärisches eingreifen von frankreich im irak heißen würde, daß hier sofort was losgeht), selbst die islamische frage wird neu und anders gestellt (z.b. der iran weiß auch gar nicht so richtig, wie er sich verhalten soll, während woanders, z.b. in algerien, die islamische partei F.I.S., die zum großen teil von den saudis finanziert wird und am anfang eher auf deren seite war, mußte sich inzwischen langsam umkehren, weil der druck von unten und gegen die usa und den westen viel zu stark ist ...).

ja, und dazu kommen dann die ökonomischen rückwirkungen, weltweit und umfassend, wobei die meisten staaten entweder verschuldet sind oder eine schlechte finanzbilanz aufweisen. ja, für die brd ist das nicht der fall, noch nicht, aber dafür steht die vereinigung an ... als kapital-abgrund, je schneller, um so tiefer ... aber stimmt, schlimmer als die börsen selbst ist es noch nicht ...

ja, und dann stößt man immer auf den gleichen punkt, auf die objektive instabilitität, bloß fällt das system noch lange nicht von selbst zusammen, genauso wie die objektiven widersprüche und antagonismen selbst noch lange keine proletarische revolution ergeben ... es ist immer wieder die frage der revolutionären politischen linie und ihrer organisierung. na gut, das weißt du ja schon, und wir sagen es immer wieder ... wie du es bestimmt gemerkt hast in dem stapel von texten und erklärungen, die du mir photokopiert hast (es gibt dazu noch die erklärung des kommandos „pierre overney", aber die habe ich schon auf deutsch, und noch eine broschüre mit den texten des letzten hs, und irgendwann kommt die erklärung zum besse-prozeß raus).

verstehst du meine gedanken und gefühle zu allem?

angesichts dessen, was du schreibst, mit „wir werden überrumpelt" und „kaum subjekt", ich denke, du wirst das von mir als sehr euphorisch empfinden, als überaus unangepaßt erfassen — oder?

in einem stimme ich mit dir überein — der weltgeschichtliche prozeß geht seinen weg, sogar verschnellert. nur, daß wir kaum subjekt sind, hängt für mich damit zusammen, ob wir fähig sind oder nicht, diesen prozeß genau zu begreifen und für unsere entwicklung und unsere ziele zu nützen, die das revolutionäre fortschreiten zum menschsein sind, ob wir sie dafür umsetzen können. insofern betrifft das auch die frage nach der analyse dieses prozesses, um zur revolutionären aktion und politik zu kommen.

sich nicht an schemen zu klammern, sondern mit methode, marxistisch, materialistisch usw. ... die fakten, die wirklichkeit erforschen und für unsere richtung umsetzen ... denn soweit stimmt es, daß der kern aller entwicklungen und veränderungen, die es zur zeit gibt, aus dem widerspruch zwischen der immer vergesellschafteteren produktion und den kapitalistischen eigentumsverhältnissen sich ergibt. es stimmt aber auch, daß es verschiedene wege und arten gibt, die eigentumsverhältnisse an die vergesellschaftlichte produktion neu „anzugleichen" und umgekehrt, die produktion zu verteilen (klar, die eigentumsverhältnisse, denen ein saddam hussein hinterherrennt, entsprechen nicht unseren vorstellungen ... so wenig wie diese, die es jetzt gibt ... aber es kommt darauf an, das für uns wirken zu lassen), im süden wie im osten, in der peripherie wie in den imperialistischen zentren. wenn wir nicht fähig werden, die substanz, den kern aller veränderungen, die wirklichkeit selbst zu fassen, das für unsere vorstellungen und ziele umzusetzen, dann können wir auch kein subjekt sein, und der weltgeschichtliche prozeß geht weiter, ja ... (eh ho, komm zurück, mensch, der wartet noch nicht mal, sowas.)

na gut, so schwarz ist es auch nicht ... die massenplündereien im süden (und bestimmt auch bald im osten), die verschiedenen ansätze hier (bis hin zu den hausbesetzungen und sich das zu nehmen, was uns gehört ...), darin zeichnet sich unser anfängliches rütteln an den eigentumsverhältnissen ab — meinst du nicht ...?

## Dessie Ellis ausgeliefert — Abbruch seines Hungerstreiks

Der irische politische Gefangene Dessie Ellis wurde am 14. 11. trotz seines langen Hungerstreiks und der breiten Mobilisierung von Irland nach England ausgeliefert. Noch am 13. 11. fand in Dublin eine große Demo und Kundgebung gegen seine drohende Auslieferung statt. Am 14. 11. gab es Demos für ihn sowohl in Dublin als auch in London. Er wurde von Dublin aus mit einem Jagdflugzeug (!) der Royal Air Force nach London geflogen, wo er zweieinhalb Stunden später im Rollstuhl (aufgrund seiner Schwäche wegen des Hungerstreiks) vor ein Sondergericht gebracht wurde, wo er wegen „Verschwörung" zu zwei Bombenanschlägen im Zeitraum 1981-83 und Sprengstoffbesitzes angeklagt wurde. Wie schon im Angehörigen-Info Nr. 53 beschrieben, befand er sich in dem Zeitraum in Irland teils in Haft, teils hatte er dort strenge Meldeauflagen, während die genannten Bombenanschläge in England gewesen waren.

Am 16. 11. brach Dessie seinen Hungerstreik nach 38 Tagen ab und sagte dazu, daß er sich von der irischen Regierung betrogen fühle, aber entschlossen sei, vor Gericht um seine Freiheit zu kämpfen.

## Hungerstreiks in der Türkei

Seit mehreren Wochen machen Gefangene in verschiedenen Knästen der Türkei Hungerstreiks. Sie protestieren damit in erster Linie gegen die drohende Zwangsverlegung sog. „Rädelsführer" in dem neu fertiggestellten Kleingruppen-Isoknast in Eskişehir und gegen die in letzter Zeit wieder verschlechterten Haftbedingungen in den Knästen. Die Regierung Özal nutzt offenbar die Golfkrise aus, um die Repressionen gegenüber politischen Gegnern zu verschärfen. Der Protest der Gefangenen richtet sich deshalb auch gegen die nunmehr erneut drohende Hinrichtung mehrerer hundert zum Tode Verurteilter und gegen die Festnahme und Folterung von KriegsgegnerInnen, darunter Kinder, die Antikriegs-

parolen an Wände gemalt haben.
Begonnen hatten mit einem Hungerstreik von 35 Tagen Gefangene in Diyarbakir. In Canakkale hungerstreikten sie fünf Tage, in Ceyhan eine Woche.
Zur Zeit hungerstreiken noch die Gefangenen in Amasya (seit dem 29. 10.), Gaziantep, fünf Frauen in Erzincan (seit dem 30. 10.), in Eismil Gefangene seit dem 20. Oktober und in Istanbul-Bayrampasa seit mehreren Wochen. In Istanbul wechseln sich Gefangene gruppenweise ab. Der dort zuständige Staatsanwalt wurde vor zwei Wochen von Dev Sol „mit dem Tode bestraft", weil er für die Folterung von Gefangenen verantwortlich war. (In Amasya waren die Gefangenen ähnlich wie nach dem 12. September 1980 von Beginn ihres Hungerstreiks an neun Tage gefoltert worden, unter ihnen auch der berühmte Volksdichter Ahmed Erhan.)
Soli-Hungerstreiks von Angehörigen gab es in sämtlichen betroffenen Städten, wobei für die Angehörigen der Schwerpunkt die drohenden Hinrichtungen war. Mehrfach äußerten Mütter und Väter: „Wenn unsere Kinder hingerichtet werden, werden wir uns verbrennen."
In Istanbul wurden vor zwei Wochen Angehörige von TAYAD, darunter ein 65jähriger Vater, festgenommen und sitzen immer noch in Haft. Noch nicht einmal Rechtsanwaltsbesuche werden ihnen erlaubt.
In Adana wurde der Vorsitzende des Studentenvereins Dev Genç der Journalistenhochschule, Ismail Bahceci, festgenommen und ist seitdem verschwunden.
In Düsseldorf, Köln und Hamburg haben anläßlich des Hungerstreiks und der verschärften Repression Soli-Hungerstreiks stattgefunden, in Hamburg auch noch eine spontane Demonstration zum und eine spontane Straßenblockade vor dem türkischen Konulat.

Die einzige weibliche Gewerkschaftsvorsitzende der Türkei, Aynur Karaaslan, ist zur Zeit in der Bundesrepublik auf Einladung der Universität Bremen. Initiativen und Gruppen, die Interesse an einem Gespräch mit ihr hätten, können sich wenden an: TAYAD-Solidaritätskomitee, c/o Café und Buch, Holstenstr. 186, 2000 Hamburg 50.

## Repression

### Rechtsanwältinnen vorübergehend festgenommen

Hamburg. Zwei Zivilfahnder der berüchtigten E-Schicht von der Revierwache Lerchenstraße haben am Mittwoch abend den beiden linken Anwältinnen Ute Brandt und Anke Brenneke-Eggers aufgelauert und ihnen Verteidigerunterlagen abgenommen. In der Wache wurde Anke Brenneke-Eggers derart rüde behandelt, daß sie Verletzungen erlitt und ihre Brille anschließend verbogen war.
Die beiden Anwältinnen waren gerade von einem Anwaltstreffen gekommen, als sie gegen 0.30 Uhr in der Juliusstraße von zwei Fahndern angesprochen wurden. Diese gaben an, daß die beiden verdächtigt werden, „Flugblätter verteilt zu haben". Die Personenbeschreibung treffe auf sie zu. Die beiden Frauen gaben sich unverzüglich als Anwältinnen zu erkennen. Dennoch verlangten die Fahnder die Herausgabe ihrer Tasche und eines Briefumschlags, in denen sich Verteidigerunterlagen befanden.
Als die beiden Juristinnen dieses Ansinnen zurückwiesen, holten die Fahnder Verstärkung. Von insgesamt zehn Zivilfahndern und Uniformierten wurden die beiden umzingelt und zur Wache verfrachtet. Offizieller Grund: Die beiden hätten die Herausgabe der Personalien verweigert. Während Ute Brandt im Wachraum mit Handschellen gefesselt auf einem Stuhl Platz nehmen mußte, drängten die Beamten Anke Brenneke-Eggers in den „sicheren Raum". Brenneke-Eggers zur taz: „Ohne zu sagen, daß sie mich durchsuchen wollen, wurde ich auf eine Liege geworfen und mir der Arm umgedreht." Dabei wurde die Juristin mehrmals fotografiert, um — wie sie glaubt — einen späteren Tatvorwurf wie „Widerstand" konstruieren zu können.
Ihr Hauptaugenmerk richteten die Beamten jedoch auf den Briefumschlag, die Aktentaschen und ein Adressenheftchen. Trotz des Protestes der beiden Frauen wurden die Taschen geöffnet und die Akten entnommen. Auch Anke Brenneke-Eggers Briefumschlag wurde ihr entrissen. Nach einer ersten Sichtkontrolle im Beisein der Anwältinnen verschwanden die Polizisten mit den Verteidigerunterlagen in einem Nebenzimmer und kamen erst nach Minuten zurück. Die Vermutung steht im Raum, daß die Unterlagen kopiert wurden. Brandt: „Sie können's auf jeden Fall problemlos gemacht haben."
Angeordnet hatte die unglaubliche Maßnahme der Leiter der berüchtigten E-Schicht, Christoph Stapmanns. Gegen den Beamten, der in Anwaltskreisen als „gemeingefährlich" eingestuft wird, gegen den deshalb bei Innensenator Werner Hackmann ein Ersuchen vorliegt, ihn sofort aus dem Polizeidienst zu entfernen, laufen mehrere Ermittlungsverfahren wegen Straftaten im Amt. Eines kommt jetzt dazu: Die beiden Anwältinnen wollen Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung stellen.
*aus: taz Hamburg vom 16. 11. 1990*
Anke Brenneke-Eggers ist übrigens die Rechtsanwältin von Brigitte Mohnhaupt, Ute Brandt von Rolf Heißler und Christa Eckes.

### Durchsuchungen in Köln wegen „agitare bene"

Am 24. 10. wurden in Köln die Geschäftsräume der SSK-Ehrenfeld (Sozialistische Selbsthilfe Köln) in der Liebigstraße und der „andere Buchladen" auf der Zülpicher Straße durchsucht. Es ging bei den Durchsuchungen, die mit Verdacht auf „Werbung für eine terroristische Vereinigung" (§ 129a) begründet wurden, um die Zeitung „agitare bene". Die Postadresse der agitare bene ist beim SSK. Dort haben ca. 50 Polizisten und Beamte des LKA die Geschäftsräume durchsucht und die Personalien von allen Anwesenden aufgenommen. Zahlreiche Artikel aus insgesamt fünf Ausgaben der „agitare bene" werden in dem Durchsuchungsbeschluß kriminalisiert, u.a. Solidaritätserklärungen der Gefangenen aus der BRD zum Hungerstreik in Spanien, der Brief des ehemaligen Gefangenenkollektivs „Kommune Karl Marx" an die Hafenstraße vom Herbst 87, verschiedene Redebeiträge, Erklärungen zu Anschlägen, die beiden letzten Seiten der Stellungnahme von Ingrid zu dem Papier „200 Jahre sind nicht genug", ein Bericht über Solidaritätsaktionen zum Hungerstreik in Spanien, eine Erklärung zweier Gefangener aus dem italienischen Gefangenenkollektiv „Wotta Sitta", Antwort auf Christian Geisslers „Dissonanzen" aus der Hafenstraße . . .

## Prozesse

### Prozeßtermine

**PKK-Prozeß in Düsseldorf**

Die Prozeßtermine in diesem Jahr im PKK-Prozeß stehen bereits fest. Sie beginnen jeweils um 9.15 Uhr im Nebengebäude des OLG Düsseldorf, Tannenstraße: Di, 27. 11.; Mi, 28. 11.; Di, 4. 12.; Mi, 5. 12.; Di, 11. 12.; Mi, 12. 11.; Di, 18. 12., Mi, 19. 12.; Fr, 21. 12. (an diesem Tag späterer Verhandlungsbeginn).

**Prozeß gegen Gerry Hanratty und Gerry McGeough**

Die nächsten Termine gegen die beiden irischen politischen Gefangenen in der BRD, Gerry Hanratty und Gerry McGeough, im Düsseldorfer Prozeßbunker in der Tannenstraße, finden statt am: Fr, 23. 11., 9 Uhr; Do, 29. 11., 9.30 Uhr; Fr, 30. 11., 9 Uhr; Do, 6. 12., 9.30 Uhr; Fr, 7. 12., 9 Uhr; Do, 13. 12., 9.30 Uhr; Fr, 14. 12., 9 Uhr; Do, 20. 12., 9.30 Uhr; Fr, 21. 12., 9 Uhr.
An diesen Tagen ist das Prozeßcafé im Redhouse, Kiefernstraße 35 A, von 18-20 Uhr geöffnet.

**Prozeß gegen ProzeßbesucherInnen**

Der Prozeß gegen fünf BesucherInnen des Prozesses gegen Rico Prauss und Andrea Sievering in Stammheim findet statt vor dem Amtsgericht Stuttgart / Bad Cannstatt am Mo, 26. 11.; 3. 12.; 10. 12.; 17. 12.; Fr, 21. 12.; Fr, 28. 12.; Mi, 2. 1., jeweils um 8.30 Uhr; Amtsgericht Bad Canstatt (bei Stuttgart), Badstr. 23.

**Prozeß gegen das Angehörigen-Info**

Der § 90a-Prozeß gegen Heidi Hinrichsen für die Angehörigen und Christiane Schneider für den GNN-Verlag wegen der Angehörigen-Erklärung im Info Nr. 30 findet nun statt am 19. 12., 9 Uhr, Amtsgericht Köln, Luxemburger Straße, Raum 13.

### Prozeß gegen zwei Palästinenser

Wie bereits im Info Nr. 51 kurz berichtet, findet seit dem 4. 10. 90 vor dem 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt / Main (unter Vorsitz von Richter Schieferstein, der auch den Startbahnprozeß leitet) ein Prozeß gegen zwei Palästinenser statt. Die Bundesanwaltschaft wirft ihnen Sprengstoffanschläge auf US-Militärzüge vor. Außerdem sollen sie für den Bau mehrerer Bomben verantwortlich sein, u.a. für jene, bei deren Entschärfung am 17. 4. 89 zwei BKA-Experten getötet wurden.

Beide sollen Mitglieder der PFLP-GC (Volksbefreiungsfront Palästinas — Generalkommando) sein, wobei Hafez Kassem Dalkamoni, einer der beiden Angeklagten, bereits wegen Beteiligung an verschiedenen Sprengstoffanschlägen in Israel 1968 zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, 1989 im Rahmen eines Gefangenenaustausches jedoch frei kam.

Nach Ansicht der BAW haben die beiden Palästinenser als Mitglieder der PFLP mit dem Hauptsitz in Damaskus ab 1987 eine Art „Filiale" in Frankfurt/Main eingerichtet, deren Aufgabe Vorbereitung und Durchführung inbesondere von Sprengstoffanschlägen gewesen sein soll. Die BAW klagt die beiden deshalb auch nach § 129a (Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) an.

Von der Verteidigung (syrische Vertrauensanwälte wurden vom Gericht nicht zugelassen) wird insbesondere die bisherige Verhandlungsführung kritisiert; so habe der vom Gericht bestellte Dolmetscher nach Aussage eines der Rechtsanwälte mit dem BKA zusammengearbeitet.

Die beiden Palästinenser möchten jetzt im Gegensatz zu ihrer bisherigen Haltung, daß Menschen draußen ihnen schreiben. Ihre Anschrift: Hafez Kassem Dalkamoni und Abdel Fatah Ghadanfar, c/o 5. Strafsenat des OLG, Postfach, 6000 Frankfurt/Main. Da die beiden kein Deutsch können, müssen Briefe in englisch geschrieben werden.

Besucht den Prozeß! Die nächsten Prozeßtermine sind am 29. 11., 6. 12., 13. 12., jeweils um 9.30 Uhr, Saal 146A, Oberlandesgericht Frankfurt (Heiligkreuzgasse).

## Befangenheitsantrag im „Börsenprozeß"

Die Verteidiger der vier im sog. Börsenprozeß in Frankfurt/Main Angeklagten haben nach der Verkündung des Urteils in dem abgetrennten Verfahren gegen Sven Schmid, Sigrid Happe und Gabi Hanka sämtliche Richter des Senats als befangen abgelehnt. Stephan Feifel hat dazu auch eine Erklärung abgegeben, die wir nachstehend veröffentlichen.

Aus den Gründen des Befangenheitsantrags der Verteidiger:

„Die mündliche Urteilsbegründung in dem abgetrennten Verfahren ist geeignet, weiteres erhebliches Mißtrauen in die vom Gesetz geforderte Unparteilichkeit der abgelehnten Richter zu rechtfertigen.

In der Frankfurter Rundschau vom gestrigen Tage (9. 10. 90) wird aus der mündlichen Urteilsbegründung u.a. berichtet, daß der Senat strafverschärfend ‚ihre (d. Angeklagten) Feindschaft gegen die Demokratie' gewertet und, zu den Angeklagten gewandt, hinzugefügt habe: ‚Doch der Rechtsstaat wird mit Ihnen fertig.'

Mit diesen Äußerungen haben die abgelehnten Richter deutlich zu erkennen gegeben, wie sie selber ihre Rolle als Mitglieder eines Staatsschutzsenates in Verfahren gegen das sogenannte Umfeld der RAF begreifen. Sie fühlen sich aufgerufen, an vorderster Front mit den von ihnen ausgemachten ‚Feinden der Demokratie' fertigzuwerden. Ihre Sprache verrät, daß sich die abgelehnten Richter jedenfalls in derartigen Verfahren eher von den Kategorien der inneren Feindbekämpfung als von denen der StPO leiten lassen, für die jeder Angeklagte zuallererst Träger von Rechten gegenüber dem anklagenden Staat ist und nicht in der Tendenz zu vernichtender Feind der staatlichen Ordnung.

Der Angeklagte kann aus diesen Gründen auch nicht davon ausgehen, daß die Richter die Frage seiner angeblichen Mittäterschaft unbefangen beurteilen. Er muß nach dieser ideologisch ausgerichteten Urteilsbegründung davon ausgehen, daß seine gemeinsame politische Arbeit mit den bereits Abgeurteilten, zuletzt zur Unterstützung der hungerstreikenden Gefangenen, den abgelehnten Richtern den Blick auf eine neutrale und unvoreingenommene Beweiswürdigung verstellt."

## Erklärung von Stephan Feifel vom 10. 10. 90

dieser staatsschutzsenat hat am 8. 10. sigrid, gabi und sven zu zusammengerechnet 21 jahren knast verurteilt. adam sagt laut fr: „der rechtsstaat wird mit ihnen fertig." den „rechtsstaat" hätten sie sich gleich sparen können, der rest stimmt, weil um nichts anderes ging es hier und geht es, nämlich ein möglichst hohes urteil.

um dazu zu kommen, mußten alle tatsachen, von denen sie wissen, weil die verteidigung mit tatsachen arbeitet und nicht mit plumper ideologie und demagogie — weggelassen werden. gezielt wurde ständig versucht, das verfahren zu entpolitisieren, entweder mit nachweislich falschen feststellungen — oder ganz einfach dadurch, daß so getan wurde, als gäbe es überhaupt keinen politischen hintergrund, wie den hungerstreik. das gezielte unter den tisch fegen der anträge kommt somit auf seinen punkt: im vakuum der entpolitisierung soll sich der staatsschutzmist ausbreiten können und soll dürftigst das terrorurteil legitimieren.

selbst gutachten von der hauspolizei lka mußten so verdreht werden, daß es für ein hohes urteil reicht.

die baw schreit: sieben jahre — der senat führt den befehl aus. es wäre gleichgültig, wer dort oben sitzt. die illegalen ermittlungsmethoden mußten verschwiegen bzw. durch abtrennung des prozesses vom tisch gefegt werden.

gleichzeitig wird hier im saal und in der presse unsere verteidigung gegen diese staatsschutzmaschinerie so dargestellt, als wären es wir, die „kriminell" argumentieren und verteidigen . . .

im zentrum der urteilsbegründung steht die „wehrhafte demokratie", was im klartext heißt: der feind dieses systems hat keine rechte mehr. deshalb o-ton adam: ging es in diesem verfahren um die verteidigung gegen die feinde dieses besten staates, den es hier auf deutschem boden je gab, deutschland (brd).

deutschland: der name allein soll anscheinend schon jedes totschlagprojekt legitimieren.

allerdings ist es eine tatsache, daß ca. 3/4 der weltbevölkerung jede menge gute gründe und anlässe hat, gegen den aufstieg des brd-imperialismus und die pure machtpolitik dieses deutschlands aufzustehen und widerstand zu organisieren, sie sind weit davon entfernt, von diesem staat, „dem besten staat dieser welt", anzunehmen, weil man es schwarz auf weiß weiß, daß die brd in der durchsetzung ihrer wirtschaftlichen interessen, der steigerung ihrer exportprofite, zu allem bereit und fähig ist, und über leichenberge geht.

auch wenn der jubel der mächtigen aktuell alles überbrüllen soll und die unten keine stimme — oder kaum — in der medieneinheitssuppe haben, ändert sich auch durch selbstherrliche ideologie nichts an der harten realität der menschen und absolut gar nichts an den tatsachen.

gut, wir haben keine weltmacht im rücken, können uns nicht aus gigantischen profiten aus ausbeutung und unterdrückung speisen — allerdings können wir darauf auch verzichten.

der kommentar: bester rechtsstaat der welt ist nur noch ideologie und das nicht erst nach diesem urteil, nach der hier offenen verfahrensweise des ausnahmerechts; und ich/wir haben keine lust mehr, weiterhin bloßes objekt irgendwelcher „privatmeinungen" zu sein, die die realität nicht wahrnehmen wollen, wir haben keine lust mehr, weiterhin das bloße objekt einer wahnhaften doktrin der „inneren sicherheit" zu sein.

diese urteils„begründung" und das urteil machen klar, was sie wollen: die vernichtung und kriminalisierung antiimperialistischer sozialrev. politik. bei mir soll der ansatz „das umfeld stimmt" alles rechtfertigen, die methoden und das urteil, was der senat abdeckt und durchführt.

sie schützen die kapitalinteressen, die hier seit gründung dieses staates immer schon das zersetzt und zerfressen haben, was demokratie, freiheit nämlich sein *könnte*.

sie schützen bedingungslos eine sicherheit, die für millionen nur existenzielle unsicherheit und bedrohung ihres lebens ist. dieses denken und handeln in den kategorien von macht, die bereit ist zu jeder verunstaltung von würdigem leben und jeder verhunzung der menschlichen dimensionen — das kann ihnen nur auf ihre eigenen füße — auf sie selbst zurück — fallen.

## Schluß mit den Angriffen auf die Prozeßöffentlichkeit!

Am 26. 11. 1990 beginnt vor dem Amtsgericht in Bad Canstatt ein Verfahren gegen fünf ProzeßbesucherInnen. Die Anklage bezieht sich auf Vorfälle 1988 während des 129a-Prozesses gegen Andrea Sievering und Rico Prauss in Stammheim. Bei vier Leuten sind die Anklagepunkte je zweifache Körperverletzung und Gefangenenbefreiung. Bei allen fünf Angeklagten zwischen ein- und dreifachem Widerstand (siehe Angehörigen Info Nr. 51).

Der Prozeß gegen die fünf steht nicht für sich allein. In letzter Zeit liefen wiederholt Angriffe des Staatsschutzes auf Leute, welche Öffentlichkeit zur Situation der politischen Gefangenen schaffen und/oder Prozesse besuchen: aktuell auf die Angehörigen der politischen Gefangenen und auf die Öffentlichkeit im Iren-Prozeß (siehe Angehörigen Info Nr. 53).

Einige Fakten aus dem seit 1988 laufenden Verfahren gegen Kerstin und Nico aus Düsseldorf, Cello und Sigi aus Freiburg und Tommy aus Stuttgart:
— Da schaltet sich die Bundesanwaltschaft ein und fordert die sofortige Ermittlung und Bestrafung der Täter.
— Da wird gegen einen der fünf Angeklagten ein Haftbefehl beantragt mit der Begründung, daß ja bekannt wäre, daß ProzeßbesucherInnen in Stammheim irgendwann abtauchen.
— Da braucht der Hauptbelastungszeuge zwei Monate Zeit, bis ihm endlich einfällt, wer ihn denn nun verprügelt haben soll.
— Da werden die anfänglich veranschlagten fünf Prozeßtage auf sieben Tage erhöht.
— Und da wird von der Richterin für den Prozeß jetzt eine sitzungspolizeiliche Anordnung getroffen, wie sie an 129a-Prozessen in Stammheim üblich ist:
— Die erste und zweite Reihe soll für Presse, Ordnungsdienst und Personen, die aus dienstlichem Anlaß den Prozeß beobachten, freigehalten werden.
— BesucherInnen müssen einen Personalausweis dabeihaben, die Personalien werden notiert.
— Vor dem Betreten des Sitzungssaales werden alle BesucherInnen durchsucht. Auf Verlangen sind Jacken und Pullover auszuziehen, das alles gilt auch für die Angeklagten.
— Die Polizei wird um Amtshilfe ersucht, um deutsche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten.
*Fünf sind angeklagt, gemeint sind wir alle! — Kommt zum Prozeß!*

## Zum Prozeß gegen die beiden Gerrys

Am 15. 11. war ein hoher nordirischer Beamter der RUC als Zeuge der Anklage im Prozeß in Düsseldorf gegen die beiden irischen politischen Gefangenen Gerry Hanratty und Gerry McGeough geladen. Er sagte aber zum Mißfallen der BAW aus, daß entgegen deren Meinung sich aktive IRA-Mitglieder verschiedener Einheiten häufig aus denselben Waffendepots bedienen würden. Dies hat zur Folge, daß der Anklagepunkt (der sowieso erst auf Beschwerde gegen das OLG durch den BGH in den Prozeß aufgenommen worden war) des Bombenanschlags auf die „Glamorgan Barracks" der britischen Rheinarmee am 13.7.88 in Duisburg entfallen müßte, da der einzige „Beweis" der Tatbeteiligung hierzu ein angeblich bei der Festnahme der Gerrys in ihrem Auto gefundenes Kalashnikow-Maschinengewehr war, das auf der Flucht nach dem Anschlag gegen einen verfolgenden Polizisten eingesetzt worden sein sollte. Dies wiederum müßte zur Folge haben, daß gegen Gerry Hanratty nur noch der Anklagepunkt des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetzes übrig bliebe, während gegen Gerry McGeough noch zusätzlich wegen eines Anschlages auf das NATO-Hauptquartier am 23.3.87 in Rheindalen bei Mönchengladbach verhandelt wird.

## Demo in Göttingen

Am 17. 11. fand in Göttingen eine Demonstration zum Todestag von Conny Wißmann statt. Conny wurde vor einem Jahr bei Auseinandersetzungen zwischen Nazis und Autonomen, in die sich die Polizei einmischte, die dann die Autonomen jagte, von der Polizei vor ein Auto getrieben und überfahren. Bereits in den Tagen jetzt vor der Demo gab die Polizei bekannt, daß sie „Schußwaffengebrauch nicht ausschließe". Am Tag der Demo wurden dann die Schulen geschlossen und der gesamte Busverkehr nach Göttingen eingestellt. Immerhin kamen 8000 Leute zur Demo, die jedoch von einem Dreifachspalier der Polizei begleitet wurde. Entlang der Demoroute waren sämtliche Geschäfte mit Holz vernagelt. Die Stimmung auf der Demo selbst war ganz gut, und es wurden viele Parolen gerufen.

# Ankündigungen

## Veranstaltungen, Demonstrationen

**Frankfurt/M.** 24. 11., 11 Uhr, Hauptwache, Demonstration: „Isabel Jacob muß draußen bleiben! Freilassung von allen haftunfähigen Gefangenen! Solidarität mit den seit dem 30. 11. 89 hungerstreikenden spanischen politischen Gefangenen!"
**Hamburg.** 28. 11., 18 Uhr, SchülerInnenkammer, Brucknerstr. 1 (Nähe U-/S-Bahnhof Barmbek), Veranstaltung zur Situation der Gefangenen hier und zu Spanien.
**Frankfurt/M.** Bis 30. 11., Mo-Do 11-17 Uhr, Friesengasse 13, Ausstellung mit Graphiken von politischen Gefangenen aus GRAPO und PCE(r). Anschließend soll die Ausstellung verliehen werden. Anfragen dazu ans El Salvador Komitee, Friesengasse 13, 6000 Frankfurt/Main 90.

## Anzeigen

**„Semtex"** — Gegeninformation Wiesbaden, 0-Nummer, 8 Seiten, November 1990, 1 DM, Inhalt: Aktionen in Wiesbaden, Selbstverwaltetes Zentrum, Aktionstag 18. 10., Bauwagen, Schlußwort im Räumungsprozeß Wiesbaden, „RAF in der Hafenstraße". Zu beziehen über: Stichwort SEMTEX, Infoladen, Werderstr. 8, 6200 Wiesbaden.

**„Zu den Aktionen im Knast Moabit"** — Frühjahr 1990, 72 Seiten, 3 DM, zu beziehen über: Knastgruppe, c/o Verlag, Falkensteinstr. 46, 1000 Berlin 36.

*Noch eine Änderung zu der Liste der Infobüros, -läden und ZL-Plenen im letzten Info:* Das Infobüro in Regensburg ist in der Engelsburger Gasse 12.

## Zum letzten Info

Im Angehörigen-Info Nr. 53 ist leider auf Seite 3 ein kleiner Fehler mit großen Auswirkungen passiert: Der Text der Angehörigen und FreundInnen der politischen Gefangenen zum Prozeß gegen Martha Barabaß geriet mitten in das Flugblatt der BewohnerInnen der Hamburger Hafenstraße. Um es nun wenigstens im nachhinein zu entwirren: Der Text zum Prozeß endet mit dem Satz „P.S.: Über die Solidarität zum Prozeß gegen das Angehörigen-Info in Köln — wo ca. 100 Leute da waren — haben wir uns gefreut."

Direkt daran anschließend kommt die Fortsetzung des Hafenstraßen-Flugblattes: „die langen auseinandersetzungen der letzten jahre schärften natürlich unser gespür für und unsere verbundenheit mit anderen menschen und bewegungen, die ihre interessen in die eigene hand nehmen."

Nach genauem Hingucken habt Ihr Euch aber beim Lesen hoffentlich schon selbst durchgefunden . . .

**Herausgeber:** Angehörige und FreundInnen der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 7500 Karlsruhe. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1. V.i.S.d.P.: Betsy Meerman. — **Redaktionsanschrift:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: (040) 2204278. **Bestellungen:** GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. (0221) 211658. Einzelpreis: 0,80 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 26,-, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30% Rabatt, ab 10 Stück das Heft zu 0,50 DM und ab 50 Stück zu 0,40 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf eines der folgenden Verlagskonten: BfG Köln, BLZ 37010111, Kto.Nr. 1144393600 oder Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto.Nr. 10419-507. — Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1.
**Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
**Spendenkonto der Angehörigen:** O. Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 10010010, Kt.-Nr. 448630-102.